

Lehrerbildung und Universität

I

Im Rahmen der in der letzten Zeit immer deutlicher auch ins öffentliche Bewußtsein tretenden Einsicht in die Misere unseres gesamten Bildungs- und Erziehungswesens steht auch die Frage nach der Notwendigkeit einer Neuordnung der Lehrerbildung. Diese Frage, so zeigt sich in den öffentlichen Diskussionen, hat zwei Seiten, die mitunter gegeneinander ausgespielt, im Grunde unmittelbar zusammenhängen. Einerseits geht es darum, daß in kürzester Zeit eine erhebliche Zahl von neuen Lehrern ausgebildet werden muß, um den erschreckend zunehmenden Lehrermangel zu beheben. Zum anderen wird die Notwendigkeit einer vollen Akademisierung der Lehrerausbildung immer dringlicher gefordert.

Die Zusammengehörigkeit des quantitativen und qualitativen Problems der Lehrerbildung gilt es gerade jetzt besonders zu betonen, weil die große Gefahr besteht, daß unter dem Zwang die Quantität zu erhöhen, die Notwendigkeit der ebenso wichtigen *qualitativen* Verbesserung ins Hintertreffen gerät. Für die wissenschaftliche Verbesserung der Lehrerbildung sind — zumindest prinzipiell — zwei Wege denkbar:

1. Der Ausbau der bereits bestehenden Pädagogischen Hochschulen zu „wissenschaftlichen Fachhochschulen“ mit vollen akademischen Rechten und voller Anerkennung ihres

Studiums als wissenschaftliches Studium auch seitens der Universitäten.

2. Die Einbeziehung der gesamten Lehrerbildung in die Universitäten.

Der erste Weg hat sich, wie die Entwicklung seit 1945 in Deutschland gezeigt hat, als nicht gangbar erwiesen. Die Gründe dafür liegen nicht in erster Linie — wie oft behauptet wird — darin, daß die Universitäten, aus welchen Gründen auch immer, den vollen akademischen Status der Pädagogischen Hochschulen, die ja "nur" Volks- und Mittelschullehrer ausbilden, nicht anerkennen wollen, sondern liegen in bisher wenig diskutierten, *objektiven* Bedingungen. Diese Bedingungen erschweren sowohl die Forschung, die für die dringend erforderliche Reorganisation des deutschen Schulwesens notwendig ist, als auch die bessere Ausbildung zukünftiger Lehrer überhaupt. In unserer sich immer mehr verwissenschaftlichenden Kultur erfordern die an den einzelnen sowohl im Beruf, in der Freizeit, wie hinsichtlich der Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung gestellten Anforderungen eine Bildung, die nur dann zu erreichen ist, wenn die Lehrer selbst eine wesentlich intensivere Ausbildung bekommen als bisher. Unzureichende und damit zum Dilettantismus verführende Kenntnisse in den zu unterrichtenden Fachgebieten können wir uns heute bei unseren Lehrern gerade in den Volks- und Mittelschulen um der Kinder und Jugendlichen willen ebensowenig leisten, wie mangelnde Ausbildung in der Erziehungswissenschaft, der Didaktik, der Philosophie, Psychologie, Soziologie etc....

Um diesen Anforderungen wirklich gerecht werden zu können — und dazu gehört auch die systematische wissenschaftliche Erforschung des pädagogischen Feldes, in dem diese Lehrer tätig werden sollen — wäre ein so weitgehender qualitativer und materieller Ausbau der Pädagogischen Hochschulen nötig, daß sie praktisch den Charakter von Universitäten erhalten müßten. Ein solcher Weg zur Entwicklung neuer Universitäten wäre theoretisch gangbar. Er wird in England und besonders in den USA vielfach mit Erfolg beschritten. In Deutschland ist er aber offenbar nicht möglich, da es ja noch nicht einmal gelungen ist, eine Institution wie die Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven-Rüstersiel zur Universität zu entwickeln. Auf Grund solcher Erfahrungen scheint es wenig realistisch anzunehmen, daß dies mit den Pädagogischen Hochschulen möglich sein sollte. Somit bleibt für eine schnelle und realisierbare Lösung nur

der zweite Weg, die Einbeziehung der Ausbildungsaufgaben der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten, übrig.

Auch diesem Vorschlag stehen viele Widerstände entgegen, unter denen die organisatorischen die geringsten sein dürften, so etwa die Behauptung, daß die Überfüllung der Universitäten von vornherein die Übernahme weiterer Studenten verbiete. Dieses Problem würde mit einer entsprechenden Vermehrung der Lehrstühle, wie im Gründungsgutachten für die Bremer Universität vorgesehen, gelöst werden können. Schwerer wiegen die ideologischen Argumente. Es ist wichtig, diese Argumentationszusammenhänge, die den Widerstand gegen die Einbeziehung der gesamten Lehrerbildung in die Universität stützen, kurz zu betrachten. Eine Analyse dieser Argumentation dürfte auch noch dort von Bedeutung sein, wo (wie in Hessen, in Hamburg und in Bayern) Pädagogische Hochschulen zwar organisatorisch in die Universität überführt, bzw. an diese angegliedert wurden, aber nicht selten als zweitrangige „Institute“ oder nur nominell zu den Universitäten gehören. Es handelt sich vor allem um folgende Argumente, die in den Diskussionen um die Lehrerbildung immer wieder auftauchen:

1. Die direkte Ausbildung für einen Beruf, die in den Pädagogischen Hochschulen allein geschehe, so wird argumentiert, widerspreche den Ideen der Universität, die am Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung um der Wissenschaftlichkeit willen festhalten müsse; oder es wird gesagt, den praktischen Anforderungen, die an einen Lehrer gestellt werden, werde eine Ausbildung, die an den Prinzipien der Universität orientiert ist, nicht gerecht.

Nun zeigt sich, nüchtern betrachtet, daß die Universität sehr wohl in den verschiedensten Bereichen Ausbildungsfunktionen für z. T. sehr konkret beschreibbare spezifische Berufe wahrnimmt. Daß sie dies unter dem Primat der Wissenschaftlichkeit tut, ist ja gerade der Grund dafür, daß auch Volks- und Mittelschullehrer an der Universität studieren sollten, weil unsere „wissenschaftliche Kultur“ sich mit Intuition und Praktizismus als Prinzip des Schulunterrichtes in keinem Schulzweig weiter entwickeln lassen wird. Wenn, um ein Beispiel zu geben, die Studienräte die Klage der Universitäten über die unzureichende Schulbildung der Abiturienten damit abzuwehren versuchen, daß sie auf die Unzulänglichkeit der schulischen Grundausbildung verweisen und den Schwarzen Peter an die Grundschullehrer weiterzugeben geneigt sind, wird der Zusammenhang des gesamten Bildungswesens konstatiert. Es ist nicht einzusehen, warum dieser Zusammenhang plötzlich unwichtig sein soll, wenn daraus der Vorschlag der Einbeziehung der gesamten Lehrerbildung in die Universität abgeleitet wird.

Daß für zukünftige Volksschullehrer wissenschaftliche Ausbildung unnötig oder gar schädlich sei, kann angesichts unserer technischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung, auf die eben diese Lehrer ihre Schüler vorbereiten sollen und müssen, nicht als vernünftiges Argument gelten. Dieses Argument setzt sich dem Vorwurf aus, die derzeitige katastrophale und für die Zukunft der ganzen Gesellschaft gefährliche Rückständigkeit des deutschen Bildungswesens aus welchen Gründen und aus welchen Motiven auch immer zu stabilisieren. Vielleicht kleiden sich diese Argumente deshalb in die Form mystischer Beschwörung des „Wesens“ bestehender Institutionen, weil sie vor der Realität nicht bestehen können, es sei denn, daß es zum „Wesen“ der Universitäten wie zum „Wesen“ der Pädagogischen Hochschulen gehört, eine ihrer eigenen Voraussetzungen, nämlich qualifizierte Studenten und Dozenten zu bekommen, selbst zu untergraben. Außerdem müßte man sie dann von ihrer Verantwortung für die Erhaltung und Fortführung der auch von ihnen mitgeprägten Kultur und Gesellschaft entbinden.

2. Neben diesem Bündel von Argumenten gegen die Eingliederung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten gibt es ein zweites. Es wird gesagt, die Forderung der Eingliederung der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten entspringe, voran-

getrieben von „Interessengruppen“, rein standespolitischen monetären Interessen und sei deshalb nicht „sachlich“.

Dieses ist vielleicht das fadenscheinigste von allen möglichen Argumenten; denn ginge es wirklich nur um „Standespolitik“ und „Gehaltsverbesserung“, so bestände seitens derer, die die Interessen der Volks- und Mittelschullehrer vertreten, die Möglichkeit, vorrangig auf gleiche Bezahlung und gleichen Titel zu drängen mit dem Argument, daß zwar die unterschiedlichen Schulformen „wesensmäßig“ unterschiedlich ausgebildete Lehrer brauchen, daß aber gesamtgesellschaftlich der eine so wichtig sei wie der andere. Daß gerade nicht oder zumindest nicht allein in dieser Richtung argumentiert wird, sondern die Forderung nach besserer und das heißt wissenschaftlicherer Ausbildung erhoben wird, zeigt, daß das Argument „unsachlicher“ Standespolitik nicht zu halten ist. Im Gegenteil läßt sich mitunter nachweisen, daß der Vorwurf der bloßen „Standesinteressen“ gerade von denen vorgebracht wird, die selbst solche Interessen vertreten, wie die Äußerung eines weder promovierten noch habilitierten Professors einer Pädagogischen Hochschule zeigte, der erklärte: „Lieber an einer Pädagogischen Hochschule der erste, als an einer Universität der letzte.“

3. Das letzte Argument hat zwei Seiten: einmal wird behauptet, daß die Lehrerbildung nicht durch Eingliederung in die Universität, sondern nur durch Besinnung auf das „Wesen“ der Pädagogischen Hochschule und intensivere Anstrengungen möglich sei. Andererseits wird erklärt, daß man erst dann die Lehrerbildung in die Universität einbeziehen könne, wenn diese selbst, zumindest aber ihr-e philosophische Fakultät reformiert sei.

So richtig es nun sicher ist, das Problem der Neuordnung der Lehrerbildung im Zusammenhang mit der notwendigen Reform des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens zu sehen, so würde der bloße Hinweis auf das Fehlen einer Gesamtkonzeption, die von allen akzeptiert worden sei, alle Maßnahmen auf unabsehbare Zeit hinausschieben. Wir haben keine Zeit mehr, um gegenseitig unsere Totalkonzeption in Grund und Boden zu diskutieren, wengleich wir darin, wie die Vergangenheit gezeigt hat, einige Virtuosität entwickelt, damit aber zugleich auch das wirksamste Mittel zur Verhinderung jeglicher Verbesserungen und Änderungen entdeckt haben, ein Mittel, das deshalb schon geradezu gefährlich genannt werden kann, weil die wirklich ernste Verantwortlichkeit, mit der hier diskutiert wird, die notwendigen Änderungen in verantwortungsloser Weise in der Diskussion stecken ließ.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die verantwortliche Grundsatzdiskussion unnötig wäre und abgebrochen werden sollte. Im Gegenteil. Aber sie sollte so geführt werden, daß innerhalb der strategischen Gesamtplanung die dringend notwendige Verwirklichung struktureller Teilreformen ermöglicht wird. Die Neuordnung der Lehrerbildung ist praktisch und schnell nur über Strukturreformen zu erreichen. Wenn wir warten wollen, bis diejenigen, die das „Wesen“ und die „Idee“ beschwören, sich mit denen, die die Not praktisch wenden wollen, geeinigt haben, bzw. bis jede Institution sich von innen heraus so verändert haben wird, wie die anderen es von ihnen erwarten, werden wir auf lange Sicht nicht weiterkommen. Im folgenden sollen deshalb einige mögliche praktische Schritte überlegt werden.

II

Zwei nach unserer Ansicht realisierbare Ansätze finden sich in den Artikeln von *Friedrich Edding* in *Die Zeit* (Nr. 8/1964) und von *Georg Picht* in *Christ und Welt* (Februar 1964).¹⁾ *Eddings* Vorschlag, auch für Schüler, die die mittlere Reife erworben haben, die Möglichkeit zu geben, Volksschullehrer zu werden, ist sehr zu begrüßen.

1) Zusammengefaßt: G. Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe, Freiburg i. Br. 1964.

Unsere eigenen Erfahrungen als Lehrbeauftragter an einer Pädagogischen Hochschule, an der Volksschul-, Mittelschul- und Berufsschullehrer ausgebildet werden, bestätigen uns, daß die Studenten, die Berufsschullehrer werden wollen, also zwar über praktische Erfahrung, aber über kein Abitur verfügen, im allgemeinen mit mehr Interesse und Intensität studieren als ihre Kommilitonen mit Abitur. Der von Edding vorgeschlagene Weg, Mittelschulabsolventen durch ein „Pädagogium“ die Vorbereitung zur „Fakultätsreife“ zu ermöglichen, erscheint deshalb durchaus praktikabel.

Die Empfehlungen Eddings für das weitere Studium scheinen uns aber zu einseitig vom Volksschullehrer auszugehen und die Tatsache nicht ausreichend zu berücksichtigen, daß wir einen genauso großen Mangel an Studienräten haben. Hier ergänzen die Vorschläge Georg Pichts in *Christ und Welt* vom 21. Februar 1964²⁾ die Gedanken Eddings in glücklicher Weise. Gegenüber Picht geht unser Vorschlag jedoch davon aus, daß auch die Volks- und Mittelschullehrerausbildung an die Universität verlegt wird. Das erscheint konsequent, denn:

1) Nur durch die Überführung der Ausbildung der Volks- und Mittelschullehrer an die Universitäten kann das Niveau der Ausbildung gehoben werden, da es immer schwieriger wird, wissenschaftlichen Nachwuchs für die Pädagogischen Hochschulen zu gewinnen.

2) Nur dadurch, daß man die Ausbildung aller Lehrer an die Universität legt, können die unglaublichen Niveauunterschiede der Pädagogischen Hochschulen in der Bundesrepublik überwunden werden.

3) Die pädagogische Forschung, jetzt stark vernachlässigt und den Pädagogischen Hochschulen kaum konzidiert, könnte an den Universitäten die notwendige Förderung erhalten.

4) Ein sechs- bis achtsemestriges Grundstudium für die Lehrer der Volks- und Mittelschulen und der Unterstufe der höheren Schulen, deren Lehrplan, wie Picht darlegt, kaum von dem der Überstufe der Volks- und Mittelschulen unterschieden ist, würde alle bisher für die Entscheidung, ob man Volksschul- oder Gymnasiallehrer werden will, nachteiligen Prestige Gesichtspunkte überwinden.

Eine solche Lösung kann aber nur dann zum Erfolg führen, wenn die entsprechenden Fakultäten (vor allem die philosophische und die naturwissenschaftliche) durch Lehrstühle ergänzt werden, die eigens für die Ausbildung von Lehrern eingerichtet werden (z. B. ein Lehrstuhl für Soziologie unter besonderer Berücksichtigung der Erziehungssoziologie, ein Lehrstuhl für Psychologie unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungspsychologie, ein Lehrstuhl für Geographie unter besonderer Berücksichtigung der für die Ausbildung von Geographielehrern wichtigen didaktischen Gesichtspunkte usw.). Auf diese Weise können und sollen die zukünftigen Lehrer wie bisher außer den „Grundwissenschaften“ ein „Fach“ studieren. Ein solcher Vorschlag liegt im Gründungsgutachten für die Universität Bremen, an dem namhafte Pädagogen mitgearbeitet haben, bereits vor.³⁾

Folgt man also diesem Vorschlag und bildet alle zukünftigen Volks- und Mittelschul- und Gymnasiallehrer zunächst gemeinsam aus, könnte man das Studium auf höchstens acht Semester beschränken, an dessen Abschluß ein Staatsexamen steht. Dieses Staatsexamen führt zu einer 2. Lehrerprüfung, die die Absolventen berechtigt, nicht nur an Volks- und Mittelschulen, sondern auch an der Unterstufe der Gymnasien zu unterrichten.⁴⁾ Alle Lehrer, die noch einen akademischen Grad erwerben oder an der Überstufe eines Gymnasiums unterrichten wollen, müßten dann noch einige Semester studieren, um in besonders organisierten postgraduate-studies die zusätzlichen Kenntnisse zu erwerben. Diese zusätzliche Ausbildung könnte entweder mit dem Dr. phil. (warum soll man einen besonderen Dr. paed. einführen?) oder mit einem Examen abgeschlossen

2) Die deutsche Bildungskatastrophe, S. 73 ff.

3) Vgl. Empfehlungen des Beratungsausschusses für die Gründung einer Universität zu Bremen, Bremen 1963. Dazu: G. Grohs, Die Alternative ist unreal, in *Colloquium*, 18. Jg. (1964) Heft 2 S. 8 f.

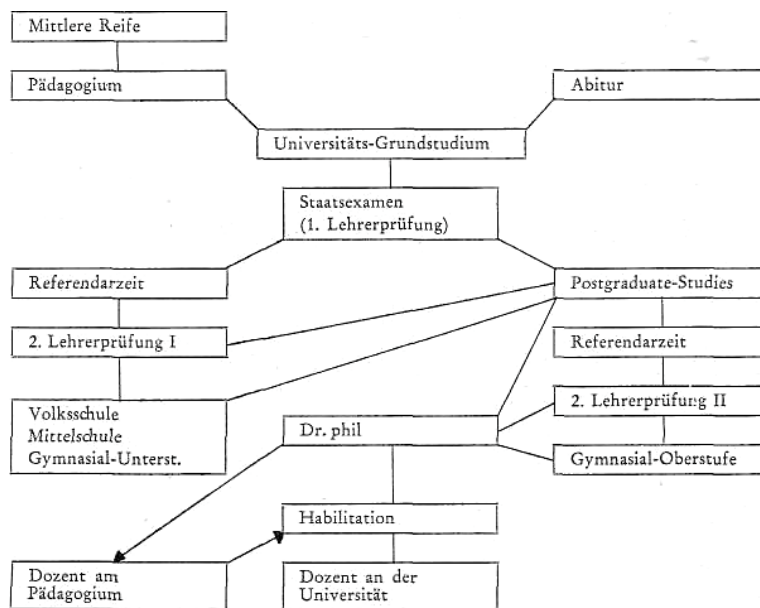
4) Prof. Dr. Hans Heckel stellt in seiner Kritik der Vorschläge Pichts ähnliche Überlegungen an, in: Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe, Freiburg 1964, S. 242.

werden, das der französischen Agregation entspräche, d. h. die Lehrbefähigung für die Überstufe der Gymnasien und eine entsprechend höhere Bezahlung gewährleisten würde.

Die 2. Lehrerprüfung fände dann also auf zwei Ebenen statt: einer für Lehrer der Volks-, Mittelschulen und der Grundstufe der Gymnasien und einer Prüfung für die Lehrer der Überstufe der Gymnasien. Die Regelung des Studiums würde gleichzeitig einen Beitrag zur Reform des Philologiestudiums leisten. Außerdem aber würde es auch einem Schüler, der durch das Pädagogium im Sinne von Edding an die Universität käme und dort das Staatsexamen sowie die postgraduate-studies absolviert hat, möglich sein, schließlich in die Universitätslaufbahn zu gelangen. (Man sollte allerdings analog zu dem, was z. Z. bei den Juristen schon weitgehend der Fall ist, darauf Wert legen, daß auch die Universitätslehrer möglichst die zweite Lehrerprüfung abgelegt haben.)

Mit dieser Lösung wäre, wie bereits erwähnt, weiterhin dafür gesorgt, daß sich für die Volks- und Mittelschullehrer-Ausbildung ausreichender wissenschaftlicher Nachwuchs fände, der zur Zeit für die Pädagogische Hochschule immer schwerer zu finden ist. Schließlich wäre auch eine andere Schwierigkeit behoben, die heute den Universitätsunterricht stark belastet: die Tatsache nämlich, daß viele Studenten, die recht gute Volks- und Mittelschullehrer geworden wären, nur deshalb an der Universität studieren, weil sie ein Studium an einer Pädagogischen Hochschule als eine Einbuße an Sozialprestige ansehen. Wenn sie jetzt durch ein straff organisiertes, wissenschaftliches aber noch nicht zu spezialisiertes Studium an der Universität die Befähigung, auch an der Unterstufe der Gymnasien zu unterrichten, erwerben können, haben sie keinen Grund mehr, einen Prestigeverlust zu befürchten. Andererseits haben auch diejenigen, die später entdecken, daß sie für die Wissenschaft befähigter sind als für den praktischen Lehrerberuf, immer die Möglichkeit, an die Universität zurückzukehren, um dort einen entsprechenden Grad zu erwerben.

Zusammenfassend könnte also der Aufbau des Studiums unter Berücksichtigung der Vorschläge von Picht, Edding und des Bremer Gutachtens folgendermaßen dargestellt werden:



Mit diesem Vorschlag wäre folgendes erreicht:

- 1) Es werden neue Schichten an die Lehrerausbildung herangeführt.
- 2) Das wissenschaftliche Niveau der Lehrerbildung wird gewährleistet und die bisherigen Unterschiede werden überwunden.
- 3) Das überlastete Philologiestudium wird durch die Teilung in ein straff organisiertes Grundstudium und ein mehr der Forschung gewidmetes Postgraduate-Studium vernünftig gegliedert und der Forschung werden neue Kräfte zugeführt.
- 4) Die bisherigen Prestige-Gesichtspunkte, die viele Abiturienten daran hinderten, Volks- oder Mittelschullehrer zu werden, werden weitgehend ausgeschaltet.
- 5) Die pädagogische Forschung, bisher an den Pädagogischen Hochschulen vernachlässigt, und die Didaktik, bisher an den Universitäten nicht ausreichend berücksichtigt, erhalten endlich den ihnen gebührenden Platz.
- 6) Der bisherige Mangel an Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrer aller Kategorien wird überwunden.

Sicherlich wird auch an diesem Vorschlag, der nur als Diskussionsgrundlage dienen sollte, manches verbessert werden können. Der Stand der Diskussion und die katastrophale Lage des deutschen Bildungswesens sollte nun den Wissenschaftsrat und andere entsprechende Gremien veranlassen, einen umfassenden und konkreten Plan zu entwerfen, der sowohl der quantitativen als auch qualitativen Verbesserung der Lehrerbildung für alle deutschen Schulen eine solide Grundlage gibt.